

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

154 (5.7.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-454469](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-454469)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 31,75 Mark, dazu 3,25 Mark Dringelgeld, bei Abholen von der Expedition 32,50 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 Mark, monatlich 35,00 Mark einschließlich Postgebühren.

Republik

Bei den Inseraten wird die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Klüppingen, Wiltbergshagen und Langerode mit 150 Pfennig berechnet, für auswärtsige Inserenten 2,00 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Auslegen im Reklameteil die Millimeterzeile 7,00 Mark

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 Rüstingen, Mittwoch, 5. Juli 1922 * Nr. 154 Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Die Kundgebungen im Reich.

Massenbeteiligungen auf der ganzen Linie.

Nach den heute vorliegenden Meldungen sind die gestern im ganzen Reich veranstalteten Kundgebungen zum Schutze der Republik und gegen die Annäherungen der Reaktion allenthalben unter sehr zahlreicher Beteiligung vor sich gegangen. Überall hatte die Arbeiterklasse erkannt, um was es geht, überall waren gemaltige Massenauftösete zu beobachten. Im allgemeinen gingen die Demonstrationen ohne Zwischenfälle vor sich, an einigen Orten ist es zu kleinen Vorkommnissen gekommen, die jetzt selbstverständlich durch die bürgerliche Presse gedehnt aufgearbeitet werden. In der Westküste und Ostküste. Die Kundgebungen darüber sind noch durchaus unklar. — Aus Berlin berichtet eine bürgerliche Korrespondenz: Die heutigen Kundgebungen nahmen einen ruhigen programmatischen Verlauf. In der zweiten Nachmittagsstunde feierten die Jüge überall in Bewegung. Der Zug am Potsdamer Tor dauerte beinahe zwei Stunden. Ein Schild trug das Bild einer im Wasser taumelnden Leiche mit der Aufschrift: „A. H. Delferichs und Genossen“! Ferner wurden Gedenkreuze auf die Republik usw. und Niederlage auf Hindenburg und Ludendorff, auf die Mörder Rathenau und auf die „Schieber am Kurfürstendam“ laut. In der zweiten Hälfte am Schluß der Demonstration ein junger Kerker auf einen Randelstier und wälzte dort unter krausen dem Beifall die „Einrichtung Ludendorff“, der in Gestalt einer lebensgroßen Statue in Generaluniform mit rater Schärpe und Ostentation an die Katerne gekettet wurde. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Im Wuppertal beteiligten sich an der Demonstration gegen 100 000 Personen, in Düsseldorf 60 000, in Kiel 40 000, in Osnabrück 50 000, in Bielefeld 100 000, in Breslau 90 000, in Göttingen 30 000. — Paris, seit dem Versailler Frieden hat Deutschland nicht wieder proletarische Massenaktionen von solcher Größe und Geschlossenheit gesehen.

Durch den sozialdemokratischen Parlamentarismus wird auch Berlin noch gemeldet: Das Ziel der gestrigen Kundgebungen war die Antirepublik-Verständigung. Von allen Zugangspunkten zu dem die Kirche umgebenen Platz marschierten die Arbeiterverbände in Hunderttausenden. Neben roten Fahnen sah man mehr wie bei vergangenen Demonstrationen die schwarz-rot-goldenen Farben der Republik. An der Kirche hatten mehrere Hunderttausend Aufstellung genommen; Reden wurden nicht gehalten. Um 4 Uhr spielte eine der Kapellen die „Internationale“, die von sämtlichen Teilnehmern enthusiastisch mitgesungen wurde. Anschließend an die Rede wurde für notwendig gehalten, ihre Redebeziehung während des Abganges der Internationalen abzunehmen, wurden hieran in gebührender Weise erinnert. Um 4½ Uhr verließen die ersten Jüge bereits wieder den Demonstrationplatz, während um 4½ Uhr von entferntem Begleitern große Demonstrationen eintrafen. Die Kundgebung verlief in ruhiger Form ohne jeden Zwischenfall. In Berlin selbst wurde bis 5 Uhr nachmittags der Verkehr auf der Potsdamer und der Stralander Brücke. Auch die Umkleebüden, wie die Trachten hatten die Personenbeförderung eingestellt; sämtliche Rasthäuser und Wirtschaften mit Ausnahme einzelner Speisehäuser hatten geschlossen. Erst nach 5 Uhr begann wieder ein regelmäßiger Verkehr, und die Wirtschaften usw. wurden wieder geöffnet.

Der Anschlag auf Hardten.

Aus Berlin wird heute gemeldet: Eingehende Ermittlungen der Polizei in der Berliner Polizeipräsidium führten bereits zur Aufklärung des Anschlags auf Hardten. Ein dem Anschlag bei einem bereits festgenommenen landwirtschaftlichen Beamten Herbert Weichardt, geboren 1900, der Oberleutnant a. D. und jetzige Kaufmann Walter Anfermann, geboren 1898, teilgenommen. Der Leutnant hat mit einem sog. Leutnant auf Hardten Kopf eingeschlagen, während Weichardt Schüsse auf Hardten in der Hinterhand abgefeuert hat. Es ist bereits ermittelt, daß die beiden Täter den Anschlag nicht aus eigenem Interesse ausgeführt haben, sondern daß sie zu dem Attentat von einer hinter ihnen stehenden Geheimorganisation bestimmt wurden. Näheres kann derzeit noch nicht mitgeteilt werden, um den Untersuchungsstand nicht zu gefährden. Infirmen ist möglich, hält sich aber nach den bisherigen Feststellungen nach in Berlin auf. Der Berliner Polizeipräsident hat auf die Ergreifung Infirmen eine Befehl von 10 000 Mark ausgesetzt.

Hardten wurde der Stuhl des Berliner Abganges Professor Ost-Rai Burckhardt ausgeführt. Wie die Telegramm-Union auf Anfrage erzählt, verläßt der Heilungsprozess normal, da das Wundheilen sich nicht einstellt hatte. Gegenwärtig Gefahr für das Leben des Patienten besteht nicht.

Der zweite Kathenaumörder verhaftet?

Die Telegramm-Union meldet, daß der zweite Mörder Rathenau verhaftet werden sei. Näheres Mitteilungen über die Verhaftung fehlen noch. Zutreffend soll sein, daß der Beschäftigte dem Verhaftungsbefehl entgegengetreten sei.

Von zünftiger Stelle wird mitgeteilt, wer unmittelbar nach Inkrafttreten der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten seine Teilnahme an einer verbreiteten Geheimorganisation ausdrücklich angibt und sich angeschlossen, kann wegen seiner Teilnahme an der Organisation straflos sein, wenn die Kraft werden. Die Strafbarkeit, soweit sie sich auf den allgemeinen Strafgesetzbuch ergibt, bleibt jedoch bestehen.

Auf der Mörderjagd.

Die Hamburgische Polizeipräsidium verhaftete als Angehöriger der Organisation Gustav D. Verdon, borniert den früheren Kapitänleutnant a. D. Wenke, zwei Studenten und mehrere kaufmännische Angestellte. Sämtliche Beschäftigten sind in Untersuchungshaft genommen worden.

In Altona (Christen) ist auf Anordnung des Reichspräsidenten ein junger Mann unter dem dringenden Verdacht der Mitschuld an Rathenau Ermordung festgenommen worden. Die des „Mörder der Republik“ erklärt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier namens B. Oppen. Wie aus Zitel gemeldet wird, ist der wegen Mordtats an der Ermordung Rathenau in Teel verurteilte deutsche Hebräer H. K. in einer mit dem Anschlag überführt worden, wo er die zur Erleichterung des Verhaftungsverfahrens in Haft blieb.

Um den Schutz der Republik.

Von amtlicher Seite wird folgende Erklärung über die Stellungnahme des Reichspräsidenten und des Reichstages zur augenblicklichen politischen Lage bekanntgegeben: Der Reichspräsident hat mit dem Reichstag die politische Lage besprochen. Es beruht übereinstimmend darüber, daß das Gesetz zum Schutz der Republik eine dringende Staatsnotwendigkeit ist und daß seine schnellste Verabschiedung unbedingt geboten ist.

Radikale Maßnahmen in Lübeck.

Die lübeckische Bürgerwehr nahm gestern folgende Anträge der Waken an: 1. In Lübeck sind die Verordnungen und Befehle zum Schutz der Republik z. Z. nicht durchzuführen. 2. Allen Beamten und Angestellten im Staatsdienst ist jede antirepublikanische Tätigkeit ausdrücklich zu verbieten. Jeder Verstoß gegen Verordnungen und Befehle zum Schutz der Republik ist mit sofortiger Dienstentlassung zu bestrafen. 3. In den Schulen ist jede offene oder heimliche monarchistische Propaganda verboten und Schülern streng zu untersagen. Allen Lehrkräften wird es zur Pflicht gemacht, ihre Schüler zur Hötung und Liebe für die Republik zu erziehen. 4. Sämtliche benachteiligten Straßennamen sind umzuwandeln in Straßennamen zu Ehren der Republik.

Sobald befohlen die Bürgerwehr die Einführung eines fünfgliedrigen Wahlkörpers zur Überwindung der Durchführung der in Lübeck beschlossenen Befehle und Verordnungen zum Schutz der Republik.

Dom Beamten-Disziplinarrecht.

Zum Schutze der Republik hat der Verfassungsausschuß des preussischen Landtages das Disziplinarrecht der Beamten und unmittelbaren Staatsbediensteten, der Richter und Privatdozenten geändert. Mit unvereinbar mit der Beamtenstellung ist danach in Zukunft ein Beamter zu betrachten, der Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Wege der Willkür seiner Amtsführung oder in demontrierender oder aggressiver Weise fördert und solche Bestrebungen durch Redensart, Verschlingung oder Verschlingung der Republik oder von Mitgliedern einer Regierung des Reiches oder der Länder unterstützt. Im ersten bezogenen Falle kann auf Strafverfolgung oder Dienstentlassung, im Rückfälle muß auf die Dienstentlassung erkannt werden.

Waffenjunde im Vogtlande.

Am Montag fanden lobende Anreden an einem Steige bei Wartenburg im Vogtlande an einem Baum einen geheimen Judenstap. Als sie der Sache nachgingen, fanden sie im Boden vergraben eine Rufe mit 42 vollständig neuen Remingtonen sowie 1200 Patronen. Allen Anreden nach sind die Waffen erst in den letzten Tagen dort vergraben worden. Die Waffen wurden von der Genarmee beschlagnahmt. Wartenburg ist der Hauptort der Gegend im Vogtlande.

Ein Anschlag in Mannheim.

Vorgestern abend kurz nach 10 Uhr wurde das Mannheimer Volkshaus durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt. Schuhmacher und Schneider hielten dort gerade ihre Federfassungen ab. Im Abgange vor das Gebäude, abgesehen von der Wirtshaus, menschlicher. Der Explosion ging ein furchtbarer Schlag voraus: die Fenster der Nebenansträume konnten nach auf die Straße flüchten. Erste Verletzungen sind glücklicherweise nicht vorgekommen. Im Innern des Gebäudes sieht es ungefähr wie bei dem Oppauer Unglück am schwersten betroffenen Häuser aus. Die drei Oeffnungen des Volkshauses weisen keine einzige ganz geliebene Fensterheide auf. Alles in der Luftdrucke liegt in Zerstörung. Nur die Steinwände sind noch geblieben. Die Täter sind noch nicht ermittelt, einige Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

Einem Telegramm aus Atlantic City zufolge hat sich dort ein großes Eisenbahnunglück ereignet, indem ein Zug mit voller Geschwindigkeit entgleiste. Man zählt bis jetzt 50 Tote und etwa 100 Verwundete.

Schwerer Flugzeugunfall.

Aus Hamburg wird unter dem 4. Juli gemeldet: Das heute vormittag aus Berlin eingetroffene Flugzeug „D 148“ ist kurz vor der Landung auf dem Flugplatz Bismarckstr. schief und hat sich durch Berühren mit Bäumen und Telegraphenleitungen überschlagen. Die Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden verletzt. Der eine, ein Herr von Nidderhofen, ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Die schwerverletzte Dame ist die Pilotenpilotin Frau Ande.

Don der deutschen Diplomatie.

Von Bruno Liepmann, Legationssekretär a. D.

Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß Völker nur dann zu Selbstbehauptung und Selbstkenntnis kommen können, wenn sie sich mit anderen Nationen vergleichen, um sich so gewissermaßen wie Fremde zu beurteilen; ob wir Deutsche hiernach verfahren sind oder verfahren, bleibe eine offene Frage.

Jedenfalls müssen wir uns darüber ganz klar sein, daß wir noch als angehende Weltmacht in der wilhelminischen Ära wohl aus Tradition und zwar weltanschauungsmäßig durchaus in kleinbürgerlicher Beschränkung lebten und aus diesem Grunde den freiheitlichen demokratischen Anschauungen draußen hilflos gegenüberstanden, wenn wir einmal die engen Grenzen unserer preußisch-deutschen Lebensauffassung von Kadavergehörigkeit und kritischer Unterordnung verlassen hätten.

Sene beklagenswerte Geistesform, die sich in Sonderheit in der Vermittlung jedweder geistigen Selbständigkeit in unserem Beamtentum — und in unserer Diplomatie — heute offenbart, läßt sich allein aus den Verhältnissen herleiten, unter denen wir bis zum Zusammenbruch lebten mühten. Unser „modernes“ Volk geriet in fast mittelalterlicher Weise in Herren und Diener, und jede Ehrfurcht, die wir in Deutschlands Grenzen nicht selten ganz unberechtigterweise voreinander zur Schau trugen, wurde draussen auch wieder oft ohne allen Grund zur Devotion — vor allem Fremden! Jeder, der sich nämlich für einen Herren anderer hält, ist selbst ein Sklave; vor dem ersten Besten, der stärker ist, wird dieser angelegte Herr kriechen. Nur derjenige ist frei, der alles um sich herum freimachen will.

So erstreben wir Republikaner vor allem, daß mit der Herrschaft einer privilegierten Schicht — auch in der Diplomatie — aufgeräumt werde und daß auch hier durch freien Wettbewerb die wirklich Befähigten, die sich aus eigener Kraft emporgearbeitet haben, an die Spitze gelangen; wir fordern, daß als erforschte Vertreter unserer deutschen Republik im Ausland Männer aus allen Ständen zugelassen sind, ganz gleich, ob sie aus dem Beamtentum kommen oder dem Handel, der Industrie, der Presse oder anderen Berufen angehören.

Jede menschliche Institution muß, um nicht zu erstarren, mit der Zeit mitgehen und Reformen erfahren. Unter Außenpolitik ist erstarrt, weil eine bestimmte Klasse, die in einer bestimmten eng umgrenzten Weltanschauung wurzelt, jahrhundertlang den deutschen Außenpolitik allein zu versehen hatte und jeder Art von Neuerungen, d. h. Durchbrechung ihrer Exklusivität im Grunde durchaus abhold war.

Seute gehören Menschen in die deutsche Außenpolitik, die alle Höhen und Tiefen des Lebens kennen und nicht nur aristokratische Kleinbürger mit bourgeoisem Anhang sind, die in ihren Pfänden sitzen und — mit Ausnahmen — den verlonifizierten Ausfluß von Engstirnigkeit und Kleinlichkeit darstellen. Kein Zweifel ist es, daß uns Deutsche wohl am besten diejenigen von unseren Landsleuten vertreten könnten, die durch ihre auf weiten Reisen erworbenen Kenntnisse von fremden Ländern in Weltkenntnis und Großräumigkeit beheimatet sind.

Wir Deutsche pflegen in der nachbismarckischen Zeit „Diplomatie“ stets aus irgendeiner kleinen Situation herauszutreiben, um darin unsere kleinen Augenblicksvorteile zu suchen. Was uns fehlte und wozu wir nur wenige Male in unserer Geschichte einen Anlauf genommen haben, ist: In der Außenpolitik an einem politischen System und an einer gewissen Planung festzuhalten. Bei allem Irrlichterieren in unserer Außenpolitik war indessen bei uns trotz alledem „Optimismus“ Trumpf, und die wenigen sorgenvoll in die Zukunft blickenden Männer wurden meist von der öffentlichen Meinung zu Schwarzgebern und Befehlsmitteln getempelt. Hier tragen auch die Parlamentarier wie die Journalisten, die sich mit Außenpolitik zu befassen hatten, gemaltige Schuld. — Den Vorwurf indessen, daß unsere Diplomaten je Käuflichkeit gemessen seien, müssen wir kategorisch ablehnen; im Gegenteil: unsere diplomatischen Beamten waren meist — mit Ausnahmen natürlich — außerordentlich harmlose Diener ihrer Geschäftsführung und fürchterliche Bureaukraten.

Vollt ist die Kunst, mit entsprechenden Mitteln den eigenen Interessen gemäß zu handeln, oder besser gesagt, den Willen anderer dem eigenen Willen ohne Anwendung physischer Zwangsmittel gefügig zu machen. Daraus aber, daß die Gründe eines Ereignisses stets in den Vorgängen der Vergangenheit liegen, ergibt sich logischerweise, daß jede Politik als eine Folge früherer Handlungen dieser gewissermaßen ihr Dasein verankert. Unsere heutigen politischen Schwierigkeiten bestehen darin, daß wir — von einer „Staatskunst“ in der Vergangenheit mit dem besten Willen wohl nicht sprechen können und daß deshalb naturgemäß auch die von unserer heutigen Regierung betriebene Politik

als Konsequenz jener früheren „Geschicklichkeiten“ nicht gerade außerordentlich erfolgreich sein kann. Politisch wird, das muß man aber unseren Diplomaten immer wieder zurufen, nicht mit Affekt, sondern mit Verstand gemacht! Die politischen Konstellationen machen sich nicht von selbst, sondern die Menschen beeinflussen die allgemeinen politischen Verhältnisse oft in ausschlaggebender Weise. Und so kommt es schließlich — immer noch — auf die führenden Staatsmänner an!

Schließlich symptomatisch ist es, daß in den politischen Redewendungen unserer Tage das Wort „unangenehm“, das der Mensch entnimmt, ständig wiederzuerstehen pflegt. Danach vollziehen sich politische Bewegungen aus innerem Zwange und ohne die Möglichkeit, daß man diesen Bewegungen von außen her bestimmen kann. Dieser mechanisch-materiellistische Auffassung des politischen Geschehens müssen wir Republikaner indessen energisch entgegen treten. Der Staat ist auch für uns eine „Organisation zum Handeln“, und die Demokratie ist für unser Volk nicht nur „Schicksal“, sondern dieser Demokratie ist heute mehr als je die Aufgabe zur politischen Aktivität zugefallen. Für jede politische Veränderung und Umgestaltung braucht die deutsche Republik vor allem wirklich demokratische Staatsmänner und Diplomaten, die sich nicht nur aus zufälligen Beamten und Hofredaktoren der Wilhelmstraße rekrutieren, sondern Männer sind, die vor ihrer eigenen Selbstständigkeit nicht bange werden und „mit Geist und Feuer“ der Politik zu dienen gewillt sind.

Aus dem deutschen Reichstage.

Präsident Loebe eröffnet die Dienstag-Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten und teilt mit, daß die Eröffnungssitzung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik eingegangen ist, ferner das Gesetz zum Schutze der Republik und das Amnestiegesetz.

Herr Heilmann (Nomen) erhebt erneut Einspruch gegen die Auslieferung des Italieners Rodini. Ein Regierungsvizepräsident stellt fest, daß bei dieser Auslieferung lediglich die rechtlichen Gesichtspunkte maßgebend wären.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes. Der Grundgedanke § 1 wird in der Ausführung angenommen. Danach sind Arbeitsnachweismittel: die öffentlichen Arbeitsämter, die Arbeitsämter und die Landesämter für Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsämter werden von der Gemeinde bemaßt. Es ist ein paritätisch zusammengesetzter Verwaltungsausschuß für jeden Arbeitsnachweis eingerichtet. Dem § 19 wird auf Antrag Müller-Braun (Lsg.) in seinem dritten Absatz folgende Fassung gegeben: „Die Angestellten des Arbeitsnachweises sind durch privatrechtliche Dienstverträge auf Grund einer Dienstordnung einzustellen. Die Dienstverhältnisse regelt der Vorstand der Geschäftsgemeinschaft im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß. Von der Einstellung durch Privatdienstverträge kann mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses abgesehen werden.“

Rach § 46 unterliegen die nichtgewerbetreibenden Arbeitsnachweise, die nicht Arbeitsnachweismittel im Sinne dieses Gesetzes sind, der Aufsicht des Bundesamtes, in dessen Bezirk sie ihre Tätigkeit ausüben. Auf Antrag stellt Arbeitsminister Braun fest, daß auch die Aufsicht über die gewerbetreibenden Stellenvermittlung aufrecht erhalten bleibt. Bei den Geschäftsgemeinschaften wird ein Antrag (Bergt) angenommen, wonach die Ausführungsbestimmungen dem Reichstage vorzulegen sind. Die Vorlage wird in 2. Lesung angenommen.

Der Verwaltungsausschuß des Reichstages erläßt die Reichsregierung, das Beschäftigungsdienstrecht desjenigen entlassenen militärischen Soldaten so einzurichten, daß es die gleiche Höhe hat, wie das Grundgehalt, das sie als Soldaten erhalten haben würden. Herr Oberholz (Dnat.) beantragt, daß die ehemaligen Fachoffiziere bei dieser Regelung außerordentlich Rücksicht genommen. Der Antrag des Verwaltungsausschusses wird angenommen. Anzunehmen wird ferner ein Antrag des Verwaltungsausschusses, der die Regierung auffordert, mit den Ländern in Verbindung zu treten, um Materialien für eine gezielte Regelung der Sozialversicherung zu erhalten. Angenommen wird ein weiterer Antrag des Verwaltungsausschusses, den Ländern Zuschüsse zu gewähren, damit für Unbemittelte und für hinderliche Familien Lernmittel (bei Kindern) bereitgestellt werden können. Das Gesetz zur Durchführung des Artikels 18 der Reichsverfassung wird angenommen. Die Gesetzesvorbereitung wird wegen der schwachen Beteiligung des Bundes aufgeschoben. Das Haus verlegt sich auf Mittwoch: Gesetz zum Schutze der Republik, Amnestiegesetz.

Ein Briefwechsel.

Das gestern erwähnte Schreiben unsezer Reichstagsfraktion an den Vorstand der Unabhängigen Fraktion betr. Eintritt der USP. in die Regierung hat folgenden Wortlaut:

An den Vorstand der Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu Händen des Herrn Abgeordneten Gröppen, Berlin.

Werte Genossen!

In den Besprechungen, die Vertreter unsezer Fraktionsvorstandes mit Vertretern eurer Fraktionsvorstandes nach der Ermordung Rathenows hatten, erklärten unsere Vertreter mehrfach, daß eine dauernde Wiederherstellung der Monarchie nur möglich ist, wenn in Deutschland eine feste republikanische Regierung gebildet wird. Eine Regierung, die, wie die bisherige, ohne feste Mehrheit ist und deshalb heute noch links und morgen nach rechts ausschlagen muß, um ihre Vorlesungen durchzuführen, wird die republikanischen Einrichtungen unsezer Staats nicht so fest gründen können, daß die Gegner der heutigen Staatsform ihre gewalttätigen Angriffe auf die Republik als ausfallslos einstellen können. Wenn nach der Ermordung Rathenows nicht alle notwendigen Maßnahmen durchgeführt wurden, so nicht zuletzt deshalb, weil wir eine starke republikanische Regierung nicht hatten. Eine solche jetzt zu bilden, scheint uns eine Pflicht zu sein; nämlich damit mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund überein.

Wie fragen Euch deshalb, ob Ihr in der neuen durch die Ermordung Rathenows geschaffenen ersten Situation bereit seid, in das Kabinett tritt einzutreten. Wir bitten um baldige Antwort und bemerken zugleich, daß unsezer feste Überzeugung nach die Widerstände, die früher bei den anderen Koalitionsparteien vorhanden waren, jetzt zu überwinden sind, wo in wie den Wunsch auf Erweiterung der Regierung noch links ausgesprochen.

Mit Freigruß

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Gp. Fern. Müller.

Die Antwort der USP. lautet wie folgt:

Reichstag, Berlin NW. 7, den 2. Juli 1922.

An die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin.

Werte Genossen!

In Verantwortung Ihres Briefes vom 1. Juli 1922 teilen wir Ihnen mit: Angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Situation sind wir bereit, mit Ihrer Partei unter Einigung

zung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Frage des Eintritts unsezer Partei in die Reichsregierung zu verhandeln. Mit sozialistischem Gruß

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 3. Gröppen.

Erklärungen über die weitere Mittelteil, daß die Unabhängigen ihren Eintritt in die Regierung mit dem Kabinettvertrag abhängen machen, sondern, wie schon gefast, für die Zukunft eine Politik verlangen, die auf die Vermittlung der von den Gewerkschaften und von allen sozialistischen Parteien aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik hinzielt.

Am Montag nachmittag verhandeln die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die Sozialdemokratischen Partei und die Unabhängigen über den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung. Zwischen den verhandelnden Parteien herrscht bestes Einvernehmen. Am heutigen Mittwoch beginnt die Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien.

Der Entschluß der Unabhängigen.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie riefet unter dem 3. Juli einen Aufruf „An die Partei“, in dem der Beschluß des Reichstagsausschusses zum Eintritt in das Kabinett mit Nachdruck bekräftigt wird. Am Montag heißt es u. a.:

„Die militärisch-monarchistische Reaktion liegt auf der Hand, die politische Lage ist erregt, die Republik ist in Gefahr, und die Arbeiter in Deutschland sind unzufrieden. Die Ziele der Reaktion sind von langer Hand vorbereitet. Sie besteht in der Wahrung und Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Der Nord an München hat erst die breite Öffentlichkeit aufgeschreckt und allen den ganzen Rest der Stunde fast gemacht. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten bilden sofort eine geschlossene Front gegen die Reaktion. Die sozialistischen Parteien und freigeistlichen Organisationen sind entschlossen, das nur im Einvernehmen mit dem Reichstagsausschuß in Einklang mit den proletarischen Bestrebungen. Selbst in den bürgerlichen Kreisen hat man sich endlich entschieden, daß erste Maßnahmen gegen die Reaktion rasch durchgeführt werden müssen.“

Ein Gesetz zum Schutze der Republik soll die Grundlage schaffen zur Wiederholung der Reaktion und zur Stärkung der Reaktionskräfte der arbeitenden Massen. Diese Maßnahmen können wirksam nur dann durchgeführt werden, wenn die Verfassungsmäßig über die Staatsmacht in den Händen entschlossener Republikaner liegt. In dieser Situation erfordert die Einheit des Proletariats, daß auch die Unabhängigen Sozialdemokratie bereit ist, unter bestimmten Voraussetzungen in die Reichsregierung einzutreten und damit die Regierung in die Hand zu nehmen.

Der wesentliche Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in die Reichsregierung wäre ein außerordentlicher Schritt in einer außerordentlichen Situation.

Die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist auch bei dieser ersten Entscheidung bestimmt durch die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, denn die Republik ist der Boden, auf dem am besten der Kampf für die Ziele des Proletariats und um den Sieg des Sozialismus angetrieben werden kann.“

Die Säuberungsaktion.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Reichs-anzeige vom Gardelegen vom 4. bis zum 24. Juli und das „Stäffurter Tageblatt“ vom 4. bis zum 31. Juli wegen Vergehens gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verboten. Ferner hat der Oberpräsident die Auflösung der Organisation „Stäffel“ angeordnet, weil aus der beschlossenen Niederwerfung dieser Vereinigung hervorgeht, daß sie Verbreitungen betreibt, die auf die Verwirklichung des republikanischen Staatsform hinzielt.

Auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik hat der Oberpräsident von Niedersachsen die deutsch-sozialistische Arbeiterbewegung, die deutschsozialistische Vereinigung mit sämtlichen Unterorganisationen, die deutschsozialistische Bewegung bei der Unterstützung Verboten. Dem Verbot des deutschsozialistischen Arbeitervereins zugrunde, nach denen der deutschsozialistische Mitglieder aufgeführt hat, sich an Geheimorganisationen zu beteiligen. Das Verbot gilt für ganz Niedersachsen.

Nach dem Verbot sind die Oberpräsidenten wurden in der Provinz Hannover die Vereine „Stäffel“, „Wittelsberg“ und „Jugendlicher Orden“ verboten. Hinsichtlich der Organisation des „Stäffel“ und der im Hannover erschienenen „Stäffel“, „Der Sturm“ wurden beschlagnahmt. Im übrigen wurden die Verhandlungen des Staatsministeriums aufgeführt.

Das Verbot des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wurde der in Frankfurt a. M. erscheinende „Deutsche Volkswacht“ wegen eines Artikels „Schreibman, Wirt und Ober leben nach“ auf der Wachen verboten.

Im Verlauf der Untersuchungen wegen der Geheimorganisationen sind in Hamburg eine Reihe weiterer Verbündeten vorgekommen. Weiterhin sind in Berlin und in der Provinz Sachsen die Führer der deutschsozialistischen Arbeitervereine Jacobson.

Ein Hochverratsprozess in Bayern.

Vor dem Volksgericht München begann der Prozess gegen den Reichsminister des Innern, Grafen von Helldorf. Nach der Anklage hat der Reichsminister in regem Verkehr mit dem französischen Gesandten in München, Dard, gestanden. Seine Verbindungen gingen dahin, Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen, was durch die militärische Wirkung der Rheinlinie (sowohl der Franzosen herbeigeführt werden sollte. Der Angeklagte erhielt vom Sommer 1921 bis zu seiner Flucht aus München 1922 von Dard monatlich 3000 Mark regelmäßig auszubezahlt. Ein Generalsekretär, das sich mit der Propaganda und Sammlung von Nachrichten betraffen sollte, wurde im Schutze der Ratten-Verordnungen in Richtung eingekerkert. Um die Verbindung zwischen München und Dard zu sichern, wurde die Reichsregierung in München über den Reichsminister des Innern, Grafen von Helldorf, in Kenntnis gesetzt. Der Angeklagte befreit beim Verhör, sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht zu haben. Er gab jedoch an, von Dard fortlaufend Geldunterstützungen erhalten zu haben. Auch die Organisationspläne seien teilweise richtig. Er soll Nachrichten an den Gesandten weitergegeben haben. Verurteilung wird ferner befandlich, sich bei der Reichsregierung besonders durch Empfehlung einer politischen Bemerkung über die Reichsregierung zu haben; schließlich sei er noch Berlin geflohen, wo ihn die Münchener Staatsanwaltschaft verhaften ließ.

Die weiteren Schulden an dem Schicksal dieses großmütigen Mannes sind die unterwürigen Bureaukraten, Politiker und Diplomaten, welche auf die Sprache und die Handlungsweisen bereitwillig. Die Willkür bei der Verurteilung von Helldorf strengte die Tage jedes Soldaten und jeder Antisite. Im übrigen hat der erste Verhandlungstag einen Attentatsversuch von Entzündungen, Selbstmord und Selbstmord in der Familie Reichspräsidenten zugeführt. Das Schicksal hat Angeklagten ist bereits entschieden worden durch die Eingekerkerten Reichspräsidenten, der im Kaiser und im Soldaten politischen Gesandten in München die Trennung des deutschen Reichens vom Süden betreibt und daß ihm derselbe als Ungeheuer dafür die Karriere eines großen Staatsmannes in dem neuen süddeutschen Staatsgebilde verprochen. Bezeichnend für die Persönlichkeit Reichspräsidenten ist die Tatsache, daß

er 1919 nach wäntender Revolution, Politiker, Kämpfer mit einem Ansehen für sich und sich erst unter dem Druck seiner Separationspolitik entschloß, zum Zweck der Einwirkung auf die innerpolitische Lage ein passives Verhalten anzunehmen. Die Vernehmung hat ergeben, daß Reichspräsident von der französischen Gesamtschuld 67000 Mk. und Reichspräsident 45000 Mk. zur Unterhalt seines Bureau erhalten hatte.

Nachträglich wird gemeldet: Das vom Volksgericht München einstimmig gefällte Urteil im Hochverratsprozess gegen den Reichspräsidenten von Helldorf lautet auf schuldig wegen Hochverrats laut §§ 81 und 82 des Reichsverfassungsgesetzes auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und bauernde Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Eine wüste Sache.

Von Berlin wird und geschrieben: Das Verhalten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Sachen Dornes liegt einzig da. Der Minister ist nicht eine Straffolge gegen einen Redakteur an, der bestimmte Behauptungen darüber aufgestellt hat, daß dieser Minister von Personen und Verbänden, mit denen er in dienstlichem Verkehr stand, Geschenke angenommen habe. Der Minister erklärt öffentlich, daß er mit allen Mitteln perhören werde, eine Verleumdung des Reichspräsidenten herbeizuführen, um die Integrität dieser Behauptung zu benehmen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ist ebenfalls mit der Sache befaßt. Obwohl das Gerichtsverfahren noch nicht, führt er in einer eilig einberufenen Sitzung am letzten Sonnabend einen Bericht in der Richtung herbei, dem Reichstag zu empfehlen, gegen den Minister ein Vergehen nicht einzuleiten.

Als der große parlamentarische Untersuchungsausschuß, der die Straffolge um, nachprüfen sollte, läng war, war es die übereinstimmende Ansicht aller Mitglieder, daß er mit dem ganzen Bann der gesetzlich verfügbaren Verfahren der Reichspräsidenten, die ihnen den Staatsgerichtshof vorbehalten seien, dem Gericht also die Entscheidung zu überlassen sei. Dieses geschieht auch in allen anderen Kulturstaaten. Wenn ein Gerichtsverfahren schwebt, wird überall die Entscheidung bis zum Ausgange dieses Verfahrens angehalten. Eine solche Stellungnahme eines parlamentarischen Ausschusses ergibt sich auch ohne weiteres aus dem allgemein anerkannten Grundsatz, daß in ein schwebendes Gerichtsverfahren nicht eingegriffen werden soll. Sie ergibt sich des weiteren aus der ganzen Funktion des Untersuchungsausschusses im Falle Dornes. Dieser Untersuchungsausschuß war gleichsam als Disziplinarausschuß zur Entscheidung über die Integrität des Reichspräsidenten, wenn er über die Integrität des Reichspräsidenten im Falle Dornes. Eine solche Stellungnahme eines parlamentarischen Ausschusses ergibt sich auch ohne weiteres aus dem allgemein anerkannten Grundsatz, daß in ein schwebendes Gerichtsverfahren nicht eingegriffen werden soll. Sie ergibt sich des weiteren aus der ganzen Funktion des Untersuchungsausschusses im Falle Dornes. Dieser Untersuchungsausschuß war gleichsam als Disziplinarausschuß zur Entscheidung über die Integrität des Reichspräsidenten, wenn er über die Integrität des Reichspräsidenten im Falle Dornes. Eine solche Stellungnahme eines parlamentarischen Ausschusses ergibt sich auch ohne weiteres aus dem allgemein anerkannten Grundsatz, daß in ein schwebendes Gerichtsverfahren nicht eingegriffen werden soll. Sie ergibt sich des weiteren aus der ganzen Funktion des Untersuchungsausschusses im Falle Dornes. Dieser Untersuchungsausschuß war gleichsam als Disziplinarausschuß zur Entscheidung über die Integrität des Reichspräsidenten, wenn er über die Integrität des Reichspräsidenten im Falle Dornes.

Alle diese Grundfälle hat der Untersuchungsausschuß außer acht gelassen. Die Reichsregierung wissen, was ein Gerichtsverfahren in öffentlicher Verhandlung mit allen Chancen der Strafprozessordnung für ihren Schilling Dornes bedeutet. Das sollte aber ist, daß der Reichspräsident des Untersuchungsausschusses behaupten konnte, daß derjenige, der befanden schuldig habe, vor der Gerichtsverhandlung eine Entscheidung des Untersuchungsausschusses herbeizuführen, — der Hauptbetroffene, nämlich der Herr Reichsminister Dr. Dornes war, der ja auch den großen Tag beisehen hat, bei geheimen Beratungen des Untersuchungsausschusses stets persönlich anwesend zu sein. Man will also ein Verzeihen gegen das erwähnte Urteil des Strafgerichtes herbeiführen.

Wir können uns, daß der Reichstag niemals dieses Verhalten des Untersuchungsausschusses billigen wird. Er kann es nicht billigen, wenn er überhaupt die Autorität seiner parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wahren will. Wir hoffen, daß im Plenum des Reichstages die hiermit aufgeworfenen prinzipiellen Fragen zur Entscheidung gelangen.

Wie gestern mitgeteilt, hat das Gericht diese notwendige Verhandlung in Sachen Dornes im „Freiheit“ auf längere Zeit verlegt. Es soll geprüft werden, ob der Fall nicht vor dem Staatsgerichtshof gehöre. Der angeklagte „Freiheit“-Redakteur hat diesem Antrag widersprochen.

Das enttarnete Deutschland.

Im englischen Unterhaus stellt ein Mitglied die Frage, ob die verantwortlichen Minister des Reiches seien, daß Deutschland den Entwurfsarbeiten der Reichsregierung, die Reichsregierung erwiderte, daß deutsche Herr sei auf die durch den Berliner Vertrag festgesetzte Zahl herabgesetzt und Deutschland ist, soweit Material in Betracht komme, wirksam enttarnet.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Der Berliner Buchdruckerstreik geht im bisherigen Umfang weiter. Bisher bestanden noch keine Hoffnungen auf eine Verständigung. Am heutigen Mittwoch tagt die Berliner Gewerkschaftskommission mit den Arbeitgeberverbänden der sozialistischen Parteien, um die Streitangelegenheit zu sprechen. Nebenbei findet eine außerordentliche Generalversammlung der Buchdrucker statt.

Das Pferd mit dem Hakenkreuz.

Bei einem dem Zillertal Rennerreitern jüngst veranstalteten Rennen ließ ein österreichischer Zuschauer sein Pferd mit dem Hakenkreuz laufen. Das erregte in der Offensivität der Renner, worauf der Reiter des Pferdes von der Rennerleitung durch ein Hakenkreuz genommen und der oberste Rennerhofe angeklagt wurde. Die Rennerleitung bemerkt noch ihre Erklärung des Hakenkreuzes erst, als zum Start geritten wurde und ein Hakenkreuz nicht mehr möglich war. Die Entschuldigung über das Vorwissen ist uns nicht ganz verständlich. Das nationalitätswidrige Hakenkreuz wird durchweg von Reuten getragen, deren Gehirnschmalzqualität sich von der eines Pferdes kaum unterscheiden. Warum soll also der Reiter dieses Symbols der Verwundung nicht tragen? Müht es die Reiter, ihr liebes Land, an jedes Pferd! Denn es geht eben nur als Gehirnschmalz an Reiter und ähnliche Bedenken! Das einzige Bedenken besteht darin, daß die mitläufigen Pferde sich dagegen auflehnen können.

Politische Rundschau.

Vom Staatsgerichtshof. Der Reichsminister des Innern des Reichspräsidenten hat den Reichspräsidenten von Helldorf zum Untersuchungsausschuß beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Frankfurt und Hamburg. Die Verhandlungen zwischen Frankfurt und Hamburg wegen der Reichspräsidenten verurteilten Reichspräsidenten sind im Hamburger Staatsgerichtshof verhandelt. Ob und wann sie wieder aufgenommen werden, steht noch nicht fest.

Eine Rundschau in München. Aus München wird gemeldet: Die Reide des Genossen Volmar ist in München eingetroffen. Die Reichspräsidenten sind von der Einwirkung finden am Sonnabend nachmittags 4 Uhr auf dem Hofriedhof statt. Sie werden sich zu einer großen Kundgebung der Münchener Arbeitervereine und der politischen Führer der deutschen Sozialdemokratie versammeln.

Freiheit sei es gegeben. Die Republik sei die Basisform für das erstrebende Ziel der Arbeiterbewegung. ...

b. Schwarz-rot-gold. Doch diese Farben auf gewisse Kreise des deutschen Volkes eine besondere Wirkung ausüben, ähnlich wie das bekannte rote Kreuz auf den Geist, davon zeugt folgendes Vorfall.

„Den Outzote, der Ritter von der traurigen Gestalt!“ Erst dann hatte seine monarchistische Seele das Gleichgewicht wieder gefunden. ...

c. Diebstahl. Der Juli-Werbe- und Diebstahl hatte nur einen mäßigen Auftrieb aufzuweisen. ...

d. Diebstahl. Gestohlen wurde eine Spinnmaschine von einem Wohngebäude der Villa des Herzogs Georg als Philosophenmutter. ...

„e. Pflegen in den Krankenhäusern. Die Verpflegungspflanze in den hiesigen Krankenhäusern wurden wie folgt erhöht: ...

Wahl und Wahlen eingetroffen. Die bestellten Hefen können in unserer Geschäftsstelle abgeholt werden.

Gemeinderatsung. Unser Bericht über die letzte Gemeinderatsung bedarf infolgedessen der Berichtigung, als der Anlauf des ...

Schwarz-rot-rote Sänger. Gestern fand hier das Bundeslagerfest der bereinigten Männergesangsvereine statt. ...

Wettervorhersage. Morgen mögliche bis frische westliche Winde, wechselnde Bewölkung, Niederschläge.

Verantwortlich für Politik, Beilagen und den allgemeinen Teil: Josef Rische, Rüstingen, für Provinziales Nazi-Geschäft, Wilhelmsh., Verlag Paul Aug. Druck Paul Aug. u. Co., Rüstingen.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
geeignet für alle Arten von Wäsche.
Niemals löst! Nur in Originalpackung!
Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert.
Alleinige Hersteller: MENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der allbewährten „HENKO“ (Henke's Wasch- und Bleich-Soda).

Edelmetall
kauft höchstzahlend (1784)
B. FEDDES
Annerstr. 3 (Nähe Götterstr.)
Wilhelmshaven.

Die von den Grundbesitzern für das Rechnungsjahr 1922 zu zahlenden Realisationsgebühren sind durch Beschluß der hiesigen Realisationskommission vom 10. 5. 22, 12. 22 auf 0,30 Mark je qm Grundstücksfläche festgesetzt.

Wilhelmshaven, den 4. Juli 1922.
Der Realtrat. Bartell.

Böschung für Mietleistungen
auf Grund der Berechnung des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt vom 6. Sept. 1919.

Im Stadtgebiet Wilhelmshaven sind künftig für Wohnungen, Läden, Werkstätten und sonstige Mieträume Mietleistungen zulässig, bis zu 142 Prozent des am 1. Juli 1914 für die Räume verzeichnet gewesenen Mietzinses. ...

Jeder Mietleistungsmietvertrag, der nach dem 30. Juni 1922 eingegangen ist, ist unzulässig.

Alle abgeänderten Mietverträge, gleichviel ob mündlich oder schriftlich vereinbart, ebenso wie neu abgeschlossene Verträge müssen vom Vermieter binnen einer Woche beim Wohnungsausschuss, Königstr. 118, zur Zustimmung eingereicht werden.

Wilhelmshaven, den 3. Juli 1922.
Der Realtrat. Bartell.

Platin, Gold- u. Silberbruch sowie alte Uhren
verkauft Sie am besten bei
Ernst Buttlinger, Uhrmacher,
Reimer Str. 8. (Nähe Götterstr.)
Zu verkaufen **Zukauf gesucht**
Sowohl jeden Vollen als auch einzelne Möbel!
W. Hansen, Reimerstr. 60, (Nähe Götterstr.)
Einsame Möbel sowie ganze Haushaltungen kaufen lassen
G. Erdich, Götterstr. 118, (Nähe Götterstr.)

Stellenausschreibung
Gefucht zum 1. August ein ordentliches
Zweitmädchen
im Alter von 15-17 Jahren. ...
Gefucht auf sofort oder später gut empfohlenes
Zweitmädchen.
H. Krause & Co.
Hilmerstr. 39.

Wädchen
für den Vormittag gef.
Progerie Wilhelmshavener Str. 39.

Derjchiedenes
Klozzimmer
u. guter Mittagstisch
bestens empfohlen.
Frerichs,
Schiller-Neumarkt. 64

Chem. Reinigung
F. W. Wälder.

Betreffende Abgabe der Rückvergütungskarten
Unser Mitglieder werden gebeten, ihre Mitgliedsbeiträge, Karten und Zahlungsaufweisekarten über gezielte Beiträge auf Mitgliedsanteile, während der Zeit v. 5. Juli bis 13. Juli in den Verteilungsbüros gegen Einzahlung abzugeben. ...

Holz - Riemenscheiben
Heinrich Eichenauer, Wilhelmshaven
Rooststr. 136, Enden, Neer Str. 13.
Telephon 439.

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
Hotel für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Beliebt u. Unterhaltend
jedes Mitglied erhält bei dem Monatsbeitrag von
Mk. 38.50
täglich 13 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher sowie Literaturblätter
Bestellungen nimmt entgegen
PAUL HUG & CO.

Freie Volksbühne
der Jahreshälfte.
Donnerstag, den 6. und Freitag, den 7. Juli:
Vorkleitung im Wöler-Spelter
Sparten zu 10 Mk. sind in allen Geschäftsstellen zu haben. ...
Neues Operetten-Theater.
Heute u. folgende Tage - 8 Uhr: - Unter Mitwirkung der Theaterkapelle die unverwundliche Operette
Schwarzwaldmädel
Eintittelformen im Singspielstil von Bremer, Maritz. ...
Tonnelher Hof
Jeden Donnerstag und Freitag:
Großer Ball.
Es ladet freundlich ein
G. Weidmann.
Robritz liest
Donnerstag 8. August, Sonntag 10. August, Freitag 16. August.
Donnerstag m. Anwalt
Reimerstr. 21, III.
Das edle Quartier
1. Wilhelmsh., Reimerstr. 16, 2. Jhb.: J. A. Biermann, 2318.

ADÖER
Heute 3. legt. Male
Familie Cohe.
Ab Donnerstag
De robe Kemerrod
Komedi von Fern. Hebbel.

Kaninchenzüchter-Bezirk Am der Jade.
Am 6. Juli.
Hauptversammlung.
in Beverland. Do. ...
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wilhelmshaven.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Zentralverwaltung
Rüsting, W. 100.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Zentralverwaltung
Rüsting, W. 100.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Zentralverwaltung
Rüsting, W. 100.

Edelmetall
Kinge, Ketten, Uhren, Wäffel, alte Gebilde
Bestenfalls ufm. kauft höchstzahlend
B. FEDDES
Annerstr. 3, Nähe Götterstr., Tagzeiten telefonisch.

MONOPOL
Bes. W. Quinting - Fernruf 560.

**Am Freitag, den 7. Juli:
Grosses:
Wohltätigkeits-Konzert**
zum Besten der noch in Avignon (Frankreich) schmachtenden deutschen Kriegsgefangenen
ausgeführt von der verstärkten Hauskapelle unter Mitwirkung der Künstler des hies. Adler-Theaters. Beginn 8 Uhr.
Sämtliche Künstler u. Musiker stehen der guten Sache kostenlos zur Verfügung und bitten um recht guten Besuch.
Es laden höchlich ein
Reichsverband, abom. Kriegsgelg.
Ortsgruppe Wilhelmsh.-Rüstingen
W. Quinting. (1920)

Ab 12 Uhr Hausball

Rhein. Kunst-Stopferei.
Einziges ertastiges
Unternehmen am Plage!
Sticht oder bedeckt kunstvoll alle Schäden an Garderobe, Teppichen ufm. - Billigste Preisberechnung.

Wilhelmshavener Straße 17
8811 Neben Hille Denning, Straßenbahnhaltestelle
Reimer Weg, Reimerstr. 24.

Städtische Badeanstalt, Olgeogeltr. 12
Geöffnet: Donnerstags, Freitag, Sonnabend und Sonntag. Alle Arten über, Stuhagen ufm. werden verabfolgt.

Danksagung!
Für die vielen Beweise der Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters sagen wir allen unsern herzlichsten Dank!
Frau Witwe Henning
und Angehörige.

